

Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
Landesamt für Gesundheit und Soziales
ZS C 2

Berlin, den 30.01.2014
9(0)229 - 1610
angela.seifert@lageso.berlin.de

An den
Vorsitzenden des Unterausschusses „Produkthaushalt und Personalwirtschaft“
des Hauptausschusses

über den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei – G Sen –

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales
Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

PHPW Nummer: 0082

Vorgang: Sitzung des UA PHPW vom 29.10.2013

Ansätze (tabellarisch) zu allen thematisierten Titeln, und zwar für das

abgelaufene Haushaltsjahr:	€
laufende Haushaltsjahr:	€
kommende Haushaltsjahr:	€
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	€
Verfügungsbeschränkungen:	€
aktuelles Ist:	€

Gesamtkosten:

Der Unterausschuss Produkthaushalt und Personalwirtschaft hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenGesSoz wird gebeten, dem UA PHPW bis zum 28. Februar 2014 einen Bericht vorzulegen, in dem folgende Fragen (betreffend Senatsverwaltung und LAGeSo) beantwortet werden:

- Wie sieht die aktuelle Planung in Bezug auf die zu besetzenden Stellen im Bereich Asyl aus?
- Wie viele Stellen sind bereits besetzt; wie viele sollen noch besetzt werden?
- Reicht die geplante Aufstockung, um den wachsenden Bedarf sicherzustellen und/oder welche Maßnahmen sind diesbezüglich vorgesehen?
- Welche Voraussetzungen (insbesondere Qualifikation und Motivation) müssen die Bewerber/-innen erfüllen?“.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

- a. Wie sieht die aktuelle Planung in Bezug auf die zu besetzenden Stellen im Bereich Asyl aus?

Im LAGeSo sind mit dem Haushalt 2014/2015 im Bereich Asyl – Referat II A - (Kapitel 1166) insgesamt 13 finanzierte Beschäftigungspositionen (BePos) zusätzlich veranschlagt worden. Damit konnten die bereits 2012 mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) geschlossenen 13 Arbeitsverträge dergestalt verstetigt werden, in dem die Arbeitsverträge der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nunmehr bis Ende 2015 verlängert wurden.

Darüber hinaus wurden mit dem Haushalt 2014/15 im Kapitel 1166 weitere 10 Stellen (in den Wertigkeiten 2x E 11, 5x E 9, 3x E 6) veranschlagt, wobei die Besetzung mit Beschäftigten des ehemaligen Landesausgleichsamtes (LAA), die dem Personalüberhang gleichgestellt sind, erfolgen soll. Hierzu haben in den letzten Wochen Gespräche mit diesen Beschäftigten stattgefunden. Im Ergebnis haben sich drei Beschäftigte des LAA bereit erklärt den Bereich II A zunächst im Rahmen einer Hospitation kennen zu lernen. Ein Beschäftigter soll ab 15.01.2014 in die Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) wechseln. Sechs weitere Beschäftigte wechseln zum 15.01.2014 in andere Referate des LAGeSo. Im Gegenzug sollen dort unbesetzte Stellen für den Bereich II A verwendet werden.

- b. Wie viele Stellen sind bereits besetzt; wie viele sollen noch besetzt werden?

Alle im Haushalt 2014/2015 veranschlagten finanzierten Beschäftigungspositionen sind besetzt.

- c. Reicht die geplante Aufstockung, um den wachsenden Bedarf sicherzustellen und/oder welche weiteren Maßnahmen sind diesbezüglich vorgesehen?

Die Aufstockung orientierte sich an dem erwarteten Bedarf. Die Fallzahlen sind jedoch stark gestiegen. Die Tendenz ist weiterhin steigend.

Angesichts dieser Situation hat die Senatsverwaltung für Finanzen zusätzlich zu den o. g. veranschlagten Beschäftigungspositionen und Stellen im Bereich Asyl je Einrichtung von weiteren 10 BePos, davon sieben der EG 9 und drei der EG 6, mit einer befristeten Besetzung bis 31.12.2015 im Rahmen der Haushaltswirtschaft zugelassen. Zwei Einstellungen konnten bereits realisiert werden und weitere acht Einstellungen werden zum 01.02.2014 angestrebt.

Ferner wurde von SenFin der Einrichtung einer weiteren BePos (EG 14) für einen Volljurist in der BUL ab 01.12.2013 für die Dauer von zwei Jahren im Rahmen der Haushaltswirtschaft zugestimmt.

Darüber hinaus erfolgten folgende weitere Personalgewinnungsmaßnahmen:

- Im Dezember 2013 und Januar 2014 wurden mit zahlreichen Beschäftigten der ehemaligen City-BKK Gespräche geführt, um sie für eine Tätigkeit im Asylbewerberbereich zu interessieren. Bisher konnten drei Beschäftigte für eine entsprechende Tätigkeit gewonnen werden, die kurzfristig ihren Dienst dort aufnehmen werden.

 - Zwei Bauingenieure der Vivantes GmbH sind im Rahmen von Gestellungsverträgen gegen Kostenerstattung zusätzlich in der BUL eingesetzt.

 - Außerdem haben sich neben neun Beschäftigten des LAGeSo, die für sechs Monate im Rahmen einer abweichenden Beschäftigung vom Geschäftsverteilungsplan (Regelung nach § 7 Abs. 4 GGO I) im Bereich II A tätig sind, drei Mitarbeiterinnen des LAGeSo aufgrund eines entsprechenden Aufrufes im hausinternen Netz mit Zustimmung ihrer Organisationsbereiche bereit erklärt, den Asylbewerberbereich vorübergehend zu unterstützen.

 - Zwei Regierungsinspektorinnen auf Probe wurden dem Bereich II A bis 31.03.2014 und zwei weitere ab 01.12.2013 von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zugewiesen.

 - Letztlich werden im Asyl-Bereich noch sechs Auszubildende beschäftigt, deren Übernahme nach bestandener Prüfung vorgesehen ist.
- d. Welche Voraussetzungen (insbesondere Qualifikation und Motivation) müssen die Bewerber/innen erfüllen?

Generell ist für Bewerber/innen auf Positionen im Referat II A interkulturelle Kompetenz, insbesondere in Form eines ausgeprägten sozialen Einfühlungsvermögens für den Umgang mit Menschen verschiedenster Nationalitäten und Kulturkreise, erforderlich.

Aufgrund des stets hohen Publikumsaufkommens sind auch besondere Belastbarkeit und die Fähigkeit zur Teamarbeit wichtige Kriterien bei der Personalauswahl.

Mehrsprachigkeit ist für Bewerber/innen zwar wünschenswert, aber aufgrund des vorhandenen Sprachmittlerpools nicht zwingend erforderlich.

Die zahlreichen Bewerbergespräche mit internen Beschäftigten aber auch mit externen Bewerbern und Bewerberinnen haben gezeigt, dass das Vorhandensein der vorbeschriebenen sozialen Kompetenzen allein nicht Ausschlaggebend für eine erfolgreiche Stellenbesetzung ist, sondern vielmehr die Bereitschaft und auch die gesundheitliche Eignung mit einem zum Teil schwierigen Klientel zu arbeiten. Darüber hinaus- und das sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben – muss der Beschäftigte oder der Bewerber/die Bewerberin über ein außergewöhnlich hohes Maß an Leistungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit und eigener Ausgeglichenheit verfügen, um dem täglich steigenden Besucherstrom begegnen zu können.

Besondere Anforderungen werden bei der Akquise und Verwaltung von Gemeinschaftsunterkünften an die berufliche Qualifikation der Sachbearbeiter/innen im Bereich der Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL) für die Aufgabengebiete in Entgeltgruppen vergleichbar denen des gehobenen Dienstes gestellt. Es werden ein Fachhochschulabschluss in einem wirtschaftswissenschaftlichen (z.B. Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft) oder ingenieurwissenschaftlichen Fachgebiet (Bauingenieur, Architekt o.ä.) bzw. vergleichbare Fachkenntnisse gefordert.

Mario C z a j a
Senator für Gesundheit und Soziales